



EUROPÄISCHE KOMMISSION
Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik – Luxemburg

OIL.06 – Finanzen – Einkauf – Berichterstattung

DIENSTLEISTUNGSVERTRAG

Nr. OIL06/PO/2016/028

„Interinstitutioneller Fahrdienst zur Postbeförderung“

Die Europäische Union (im Folgenden „Union“), vertreten durch die Europäische Kommission, diese wiederum vertreten durch das Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik Luxemburg (im Folgenden „Hauptauftraggeber“), sowie die folgenden öffentlichen Auftraggeber:

Europäisches Parlament
Gerichtshof der Europäischen Union
Europäischer Rechnungshof
Übersetzungszentrum
Amt für Veröffentlichungen¹
Europäische Schule Luxemburg I

(im Folgenden kollektiv der „Auftraggeber“), zur Unterzeichnung dieses Vertrags wiederum vertreten durch Herrn Marc Becquet, Leiter des Amtes für Gebäude, Anlagen und Logistik Luxemburg (im Folgenden „OIL“),

einerseits und

[*vollständige Bezeichnung bzw. vollständiger Name*]

[*Rechtsform*]

[*amtliche Registereintragung oder Ausweis- bzw. Passnummer*]

[*vollständige Anschrift*]

[*Umsatzsteuer-Identifikationsnummer*]

(im Folgenden „Auftragnehmer“), zur Unterzeichnung dieses Rahmenvertrags vertreten durch
[*Vorname, Name und Funktion des rechtlichen Vertreters*],

andererseits

¹ Bei diesem Amt handelt es sich um eine Einrichtung der Europäischen Kommission.

VEREINBAREN

die **besonderen Bedingungen**, die **allgemeinen Bedingungen für Dienstleistungsverträge** sowie die folgenden Anhänge:

Anhang I – Spezifikationen der Ausschreibung:

- I.A. a) Preisaufstellung
b) Schlüssel für die Verteilung der Kosten
- I.B. a) Technische Spezifikationen
b) Liste der anzufahrenden Lieferpunkte
- I.C. Kontaktdaten der Parteien und Rechnungsanschriften
- I.D. Vergabe- und Vertragsordnung

Anhang II – Angebot des Auftragnehmers,

die Bestandteile dieses Rahmenvertrags (im Folgenden „Vertrag“) sind.

In diesem Vertrag werden die Pflichten der Vertragsparteien während und nach Ende der Laufzeit des Vertrags festgelegt.

Sämtliche vom Auftragnehmer herausgegebenen Dokumente (Endnutzer-Vereinbarungen, allgemeine Geschäftsbedingungen usw.) mit Ausnahme seines Angebots haben keine Gültigkeit, sofern sie nicht ausdrücklich in den besonderen Bedingungen des Vertrags genannt werden. Bei einem Widerspruch zwischen diesem Vertrag und vom Auftragnehmer herausgegebenen Dokumenten ist in jedem Fall der Vertrag maßgeblich, ungeachtet etwaiger anderslautender Bestimmungen in den Dokumenten des Auftragnehmers.

INHALTSVERZEICHNIS

I. BESONDERE BEDINGUNGEN	6
I.1. Rangfolge der Bestimmungen.....	6
I.2. Gegenstand.....	6
I.3. Inkrafttreten und Laufzeit	6
I.4. Preis.....	6
I.4.1. Preis des Vertrags und Höchstbetrag	6
I.4.2. Preisanpassungsindex	7
I.4.3. Ausgabenerstattung	7
I.5. Zahlungsmodalitäten.....	7
I.5.1. Vorfinanzierung	7
I.5.2. Zahlungen	7
I.6. Sicherheitsleistungen	8
I.6.1. Erfüllungsgarantie.....	8
I.6.2. Gewährleistungseinbehalt	8
I.7. Bankkonto	9
I.8. Kontaktdaten	9
I.9. Für die Datenverarbeitung Verantwortlicher	9
I.10. Verwertung der Ergebnisse des Vertrags.....	9
I.11. Kündigung durch eine der Vertragsparteien	9
I.12. Anwendbares Recht und Gerichtsstand	9
I.13. Interinstitutioneller Vertrag	10
I.14. In den Räumlichkeiten des Auftraggebers zu erbringende Dienstleistungen ...	10
I.15. Pauschalierter Schadenersatz	10
I.16. Vertragsänderungen	10
II. ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR DEN DIENSTLEISTUNGSVERTRAG	12
II.1. Begriffsbestimmungen.....	12
II.2. Funktionen und Zuständigkeiten bei gemeinsamen Angeboten.....	14
II.3. Salvatorische Klausel	14
II.4. Erfüllung des Vertrags.....	14
II.5. Kommunikation zwischen den Vertragsparteien.....	15
II.5.1. Kommunikationsmittel und -form	15
II.5.2. Datum der per Post oder E-Mail versandten Mitteilungen.....	16
II.5.3. Übermittlung elektronischer Dokumente über e-PRIOR	16
II.5.4. Gültigkeit und Datum von e-Dokumenten	17
II.5.5. In e-PRIOR berechnigte Personen.....	18
II.6. Haftung	18
II.7. Interessenkonflikt und kollidierendes berufliches Interesse.....	19
II.8. Vertraulichkeit	19
II.9. Verarbeitung personenbezogener Daten.....	20

II.10. Unteraufträge	21
II.11. Vertragsänderungen.....	22
II.12. Abtretung von Rechten und Pflichten	22
II.13. Rechte des geistigen Eigentums	22
II.13.1. Eigentum an den Rechten an den Ergebnissen	22
II.13.2. Lizenzrechte an bereits bestehendem Material.....	23
II.13.3. Ausschließliche Rechte.....	23
II.13.4. Angabe bereits bestehender Rechte	25
II.13.5. Nachweis für die Überlassung bereits bestehender Rechte	25
II.13.6. Zitate aus anderen Werken im Ergebnis	26
II.13.7. Persönlichkeitsrechte der Urheber	26
II.13.8. Bildrechte und Tonaufzeichnungen	26
II.13.9. Urheberrechtlicher Hinweis bei bereits bestehenden Rechten	27
II.13.10. Sichtbarkeit der Finanzierung durch die Union und Ausschlusserklärung.....	27
II.14. Höhere Gewalt.....	27
II.15. Pauschalierter Schadenersatz.....	27
II.15.1. Erfüllungsverzug	27
II.15.2. Verfahren	28
II.15.3. Funktion des pauschalierten Schadenersatzes	28
II.15.4. Forderungen und Haftung.....	28
II.16. Preisabzug.....	28
II.16.1. Qualitätsstandards.....	28
II.16.2. Verfahren	29
II.16.3. Forderungen und Haftung.....	29
II.17. Aussetzung der Erfüllung des Vertrags	29
II.17.1. Aussetzung durch den Auftragnehmer	29
II.17.2. Aussetzung durch den Auftraggeber	29
II.18. Kündigung des Vertrags	30
II.18.1. Gründe für die Kündigung durch den Auftraggeber	30
II.18.2. Gründe für die Kündigung durch den Auftragnehmer	31
II.18.3. Kündigungsverfahren	31
II.18.4. Wirkungen der Kündigung	32
II.19. Rechnungen, Umsatzsteuer und elektronische Rechnungsstellung.....	32
II.19.1. Rechnungen und Umsatzsteuer	32
II.19.2. Elektronische Rechnungsstellung.....	33
II.20. Preisanpassung.....	33
II.21. Zahlungen und Sicherheitsleistungen.....	33
II.21.1. Zahlungsdatum	33
II.21.2. Währung	34
II.21.3. Umrechnung	34
II.21.4. Überweisungskosten	34

II.21.5.	Vorfinanzierungsgarantie, Erfüllungsgarantie und Gewährleistungseinbehalt	34
II.21.6.	Zwischenzahlungen und Zahlung des Restbetrags	35
II.21.7.	Aussetzung der Zahlungsfrist	35
II.21.8.	Verzugszinsen.....	36
II.22.	Erstattungen	36
II.23.	Einziehung	37
II.23.2.	Einziehungsverfahren	37
II.23.3.	Verzugszinsen.....	38
II.23.4.	Bestimmungen für die Einziehung bei gemeinsamen Angeboten	38
II.24.	Kontrollen und Audits	38

I. BESONDERE BEDINGUNGEN

I.1. RANGFOLGE DER BESTIMMUNGEN

Sollten verschiedene Bestimmungen dieses Vertrags nicht miteinander vereinbar sein, sind die folgenden Regeln zu befolgen:

- a) Die Bestimmungen der besonderen Bedingungen gehen den übrigen Teilen des Vertrags vor.
- b) Die Allgemeinen Vertragsbedingungen gehen den Anhängen vor.
- c) Die Bestimmungen der Leistungsbeschreibung (Anhang I) gehen denen des Angebots (Anhang II) vor.

I.2. GEGENSTAND

Auftragsgegenstand ist die Einrichtung eines Fahrdienstes für die Beförderung von Post in Behältern, Säcken, Paketen oder Kartons, der die verschiedenen vom Auftraggeber in Luxemburg derzeit oder künftig genutzten Gebäude und Schulgelände in regelmäßigen Abständen anfährt.

I.3. INKRAFTTRETEN UND LAUFZEIT

- I.3.1** Der Vertrag tritt am 1.4.2017 in Kraft, wenn beide Parteien ihn bereits unterzeichnet haben. Sonst tritt der Vertrag am Tag seiner Unterzeichnung durch die letzte Vertragspartei in Kraft.
- I.3.2** Mit der Erfüllung des Vertrags darf nicht begonnen werden, bevor er in Kraft ist.
- I.3.3** Die Dauer der Erfüllung des Vertrags darf 12 Monate nicht überschreiten. Die Erfüllung des Vertrags beginnt am Tag des Inkrafttretens des Vertrags.
- I.3.4** Der Vertrag wird automatisch bis zu vier Mal für jeweils 12 Monate verlängert, es sei denn, einer der Vertragsparteien wird mindestens 9 Monate vor dem Ende der jeweiligen Laufzeit eine anderslautende Entscheidung förmlich mitgeteilt. Bestehende Verpflichtungen werden durch die Verlängerung nicht geändert oder zurückgestellt.

I.4. PREIS

I.4.1. Preis des Vertrags und Höchstbetrag

Als Gegenleistung für die im Rahmen des Vertrags erbrachten Leistungen leistet der Auftraggeber Zahlungen nach Maßgabe der in der Preisaufstellung (Anhang I.A) festgelegten finanziellen Bedingungen, wobei es sich bei den darin ausgewiesenen Beträgen um die zulässigen Höchstpreise handelt.

I.4.2. Preisanpassungsindex

Die Anpassung der Tarife wird anhand folgender Formel berechnet:

$Tr = To \times \left(\frac{Ir}{Io} \right)$

Dabei gilt: Tr = angepasster Preis;

To = Preis des Angebots;

Io = Index des Monats, in dem der Vertrag in Kraft getreten ist;

Ir = endgültiger Index für den Monat, in dem der Antrag eingegangen ist, oder – falls dieser nicht vorliegt – den letzten verfügbaren vorläufigen Index für diesen Monat.

Als Index wird dabei der von Eurostat veröffentlichte und unter <http://ec.europa.eu/eurostat/web/hicp/data/database> abrufbare Verbraucherpreisindex (HVPI/VPI-EWU) herangezogen.

Die Indizes können wie folgt abgerufen werden:

- 1) Öffnen Sie den „Data explorer“ neben „HVPI (2015 = 100) - Monatliche Daten (Index) (pre_hicp_midx)“;
- 2) wählen Sie in der Spalte „GEO“ (geographische Zone) „EA“ (Euroraum);
- 3) wählen Sie unter „COICOP“ „CP00“ (Gesamt-HVPI).

Die angepassten Preise gelten ab dem ersten Tag des Monats, der auf den Jahrestag des Inkrafttretens des Vertrags folgt.

I.4.3. Ausgabenerstattung

In diesem Vertrag sind Ausgabenerstattungen nicht vorgesehen.

I.5. ZAHLUNGSMODALITÄTEN

I.5.1. Vorfinanzierung

In diesem Vertrag ist eine Vorfinanzierung nicht vorgesehen.

I.5.2. Zahlungen

Die Zahlungen erfolgen jeweils zum Quartalsende, in Höhe von einem Viertel des Betrags der jährlichen Vergütung. Tritt der Vertrag im Laufe eines Kalenderquartals in Kraft, werden die erste und die letzte Rechnung für den betreffenden Zeitraum anteilig ausgestellt.

Am Quartalsende stellt der Auftragnehmer für jeden der in Anhang I.C genannten Auftragnehmer eine Rechnung nach einem in Prozent der Gesamtkosten ausgedrückten Verteilungsschlüssel aus.

Die Aufteilung der Kosten der Leistungen auf die Institutionen und Gebäudegruppen ist im Anhang I.A.b dargelegt. (Verteilungsschlüssel).

Der Schlüssel für die Verteilung der Kosten zwischen den Institutionen wird dem Auftragnehmer bei Vertragsunterzeichnung mitgeteilt und kann während der Vertragslaufzeit durch eine Zusatzvereinbarung in Form eines Briefwechsels geändert werden.

Für die Zahlung reicht der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied), wie im Vertrag angegeben, eine Rechnung in Papierform ein.

In der Rechnung ist Folgendes anzugeben:

- die Nummer des Vertrags, auf die sie sich bezieht, sowie die Bankverbindung des Auftragnehmers;
- die in dem betreffenden Quartal entstandenen Gesamtkosten sowie der Anteil der jeweiligen Institution.

Die Rechnungen sind an die im Anhang I.C des Vertrags unter Nummer 2 angegebenen Rechnungsanschriften zu senden.

2. Für den Auftraggeber gilt eine Frist von 30 Tagen nach Eingang der Rechnung, um die vorgelegten Unterlagen zu billigen und die Zahlung zu leisten.

3. Hat der Auftraggeber Einwände, so legt er sie dem Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – dem federführenden Mitglied) vor und setzt die Zahlungsfrist gemäß Artikel II.21.7 aus. Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) verfügt über eine Frist von 5 Tagen, um zusätzliche Informationen, Korrekturen oder eine neue Fassung der Unterlagen vorzulegen, falls vom Auftraggeber verlangt.

4. Innerhalb des verbleibenden Teils der in Absatz 2 genannten Frist billigt der Auftraggeber die vorgelegten Unterlagen, sofern er sie nicht zum Teil oder zur Gänze ablehnt, und leistet die Zahlung.

Für Auftragnehmer, die in Belgien umsatzsteuerpflichtig sind:

In Belgien gilt dieser Auftrag als Antrag auf Befreiung von der Umsatzsteuer entsprechend dem Dokument Nr. 450 gemäß Artikel 42 Absatz 3.3 des Umsatzsteuergesetzes (Rundschreiben Nr. 2/1978), sofern in der/den Rechnung(en) der Vermerk „Befreiung von der Umsatzsteuer gemäß Artikel 42 Absatz 3.3 des Umsatzsteuergesetzes (Rundschreiben Nr. 2/1978)“ angebracht worden ist.

Für Auftragnehmer, die in Luxemburg umsatzsteuerpflichtig sind:

In Luxemburg vermerkt der Auftragnehmer auf seinen Rechnungen Folgendes: „Für den Dienstgebrauch der Europäischen Union. Befreiung von der MwSt. gemäß Artikel 43 § 1 Buchstabe k, 2. Gedankenstrich des geänderten Gesetzes vom 12.2.79.“ Bei innergemeinschaftlichen Käufen ist auf den Rechnungen folgender Vermerk anzubringen: „Für den Dienstgebrauch der Europäischen Union. USt-Befreiung / Europäische Union / Artikel 151 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates.“

I.6. SICHERHEITSLEISTUNGEN

I.6.1. Erfüllungsgarantie

In diesem Vertrag ist eine Erfüllungsgarantie nicht vorgesehen.

I.6.2. Gewährleistungseinbehalt

In diesem Vertrag sind Gewährleistungseinbehalte nicht vorgesehen.

I.7. BANKKONTO

Die Zahlungen erfolgen auf das folgende Euro-Konto des Auftragnehmers (oder – bei gemeinsamen Angeboten – des federführenden Mitglieds):

Name der Bank:

vollständige Anschrift der kontoführenden Zweigstelle:

genaue Bezeichnung des Kontoinhabers:

vollständige Kontonummer (einschließlich der Bankcodes):

IBAN:

I.8. KONTAKTDATEN

Die Kontaktdaten der Parteien finden sich in Anhang I.C des Vertrags.

Auf Verlangen des Auftraggebers kann der Austausch elektronischer Dokumente über die Plattform e-PRIOR automatisch erfolgen. Die Artikel II.5 und II.19 finden Anwendung.

I.9. FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHER

Für die Zwecke des Artikels II.9 ist das Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik – Luxemburg – für die Datenverarbeitung verantwortlich.

I.10. VERWERTUNG DER ERGEBNISSE DES VERTRAGS

Diese Klausel ist auf diesen Vertrag nicht anwendbar.

I.11. KÜNDIGUNG DURCH EINE DER VERTRAGSPARTEIEN

Jede Vertragspartei kann den Vertrag schriftlich durch eine *förmliche Mitteilung* an die andere Vertragspartei mit einer Frist von 9 Monaten kündigen.

Wenn der Vertrag gekündigt wird:

- a) hat keine der Vertragsparteien Anspruch auf Entschädigung;
- b) hat der Auftragnehmer lediglich für die vor Wirksamwerden der Kündigung erbrachten Dienstleistungen Anspruch auf eine Vergütung.

Es gelten die Absätze 2, 3 und 4 des Artikels II.18.4.

I.12. ANWENDBARES RECHT UND GERICHTSSTAND

I.12.1 Der Vertrag unterliegt dem Unionsrecht, das gegebenenfalls durch das luxemburgische Recht ergänzt wird.

I.12.2 Für alle Streitigkeiten über Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit des Vertrags sind ausschließlich die Gerichte im Großherzogtum Luxemburg zuständig.

I.13. INTERINSTITUTIONELLER VERTRAG

I.13.1 Dieser Vertrag ist interinstitutionell. Der Hauptauftraggeber handelt in seinem Namen und im Namen der Einrichtungen, die in der Bezeichnung des Vertrags als Auftraggeber aufgelistet sind und dem Hauptauftraggeber vor der Unterzeichnung des Vertrags eine entsprechende Vollmacht erteilt haben. Der Hauptauftraggeber unterzeichnet den Vertrag und etwaige Vertragsänderungen oder -anpassungen im eigenen Namen und im Namen aller anderen beteiligten Auftraggeber.

I.14. IN DEN RÄUMLICHKEITEN DES AUFTRAGGEBERS ZU ERBRINGENDE DIENSTLEISTUNGEN

Falls dies für die Erfüllung des Vertrags erforderlich ist, kann der Auftraggeber dem Personal des Auftragnehmers mit einer Zugangskarte Zugang zu seinen Räumlichkeiten gewähren. Die Zugangskarte bleibt Eigentum der Europäischen Kommission und ist auf Verlangen, bei Ablauf oder in Fällen, in denen die Bedingungen für die Gewährung einer Zugangskarte nicht mehr erfüllt sind, an das für Dienstaussweise zuständige Büro (die Adresse und die Öffnungszeiten werden dem Auftragnehmer bei Inkrafttreten des Vertrags mitgeteilt) zurückzugeben.

Wird die Zugangskarte nicht am Ablaufdatum zurückgegeben, so kann der Auftraggeber Schadenersatz in Höhe von 100 EUR je Verzugstag bis zu einem Höchstbetrag von 1000 EUR verlangen. Dies ist eine angemessene geschätzte Entschädigung für den entstehenden Schaden.

I.15. PAUSCHALIERTER SCHADENERSATZ

Diese Klausel ist auf diesen Vertrag nicht anwendbar.

I.16. VERTRAGSÄNDERUNGEN

I.16.1 Abweichend von Artikel II.11 der allgemeinen Bedingungen kann Anhang I.C durch einfache schriftliche Mitteilung geändert werden, ohne dass eine Vertragsänderung erforderlich ist.

UNTERSCHRIFTEN

Für den Auftragnehmer

[Firma/Vorname/Name/Funktion]

Für den Auftraggeber

Marc BECQUET, Leiter des Amts für
Gebäude, Anlagen und Logistik –
Luxemburg

Unterschrift: _____

Unterschrift: _____

[*Ort*], den [*Datum*]

[*Ort*], den [*Datum*]

in zweifacher Ausfertigung in deutscher Sprache [und zweifacher Ausfertigung in (Sprache des Angebots)].

II. ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR DEN DIENSTLEISTUNGSVERTRAG

II.1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Für die Zwecke dieses Vertrags bezeichnet der Ausdruck (im Text durch *Kursivschrift* gekennzeichnet):

„bereits bestehendes Material“ Material, das bereits zu dem Zeitpunkt besteht, zu dem der Auftragnehmer es für die Herbeiführung eines *Ergebnisses* im Rahmen der *Erfüllung des Vertrags* nutzt; dies umfasst Material, Unterlagen, Technologie und Know-how;

„bereits bestehendes Recht“ gewerbliche Schutzrechte oder Rechte des geistigen Eigentums an *bereits bestehendem Material*; dabei kann es sich um Eigentumsrechte, Lizenzrechte und/oder Nutzungsrechte des Auftragnehmers, des *Urhebers*, der Auftraggebers oder sonstiger Dritter handeln.

„Betrug“ jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union betreffend die Verwendung oder Vorlage falscher, unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen oder Unterlagen oder das Verschweigen von Informationen unter Verletzung einer spezifischen Pflicht;

„Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)“ den Leitfaden, der u. a. die technischen Spezifikationen, Nachrichtenstandards, Sicherheitsstandards, Syntax- und Semantikprüfungen enthält, die eine Verbindung von Maschine zu Maschine (M2M) ermöglichen. Dieses Dokument wird regelmäßig aktualisiert;

„EDI-Nachricht“ (elektronischer Datenaustausch) eine Nachricht mit Handels- oder Verwaltungsdaten, die auf Grundlage eines vereinbarten Standards elektronisch erstellt und von Computer zu Computer elektronisch übermittelt wird;

„elektronisches Abwicklungssystem“ das/die interne(n) System(e) der Vertragsparteien für die Abwicklung elektronischer Rechnungen;

„e-PRIOR“ die dienstorientierte Kommunikationsplattform, die eine Reihe von Webdiensten bereitstellt und den Austausch standardisierter elektronischer Nachrichten und Dokumente zwischen den Vertragsparteien ermöglicht. Dieser Austausch erfolgt entweder über Webdienste, über eine Verbindung von Maschine zu Maschine (M2M) durch die *elektronischen Abwicklungssysteme* der Vertragsparteien (*EDI-Nachrichten*) oder über eine Webanwendung (das *Vertragspartnerportal*). Über die Plattform können die Vertragsparteien untereinander elektronische Dokumente (e-Dokumente) wie elektronische Dienstleistungsanforderungen, elektronische Einzelverträge und elektronische Leistungsabnahmen oder elektronische Rechnungen austauschen. Die technischen Spezifikationen (d. h. die *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)*), detaillierte Zugangsinformationen und Benutzerhandbücher sind auf der folgenden Website verfügbar:

http://ec.europa.eu/dgs/informatics/supplier_portal/documentation/documentation_en.htm;

„Erfüllung des Vertrags“: die Durchführung von Aufgaben und die Erbringung vom Auftraggeber beschaffter Dienstleistungen durch den Auftragnehmer;

„Ergebnis“ die bei der *Erfüllung des Vertrags* – ungeachtet deren Form oder Art – beabsichtigten Resultate, die abgeliefert und endgültig oder teilweise vom Auftraggeber gebilligt werden. Ein *Ergebnis* kann in diesem Vertrag enger gefasst als Leistung definiert werden. Ein *Ergebnis* kann neben Material, das der Auftragnehmer selbst geschaffen hat oder das in seinem Auftrag geschaffen wurde, auch *bereits bestehendes Material* umfassen;

„förmliche Mitteilung“ (oder „förmlich mitteilen“) schriftliche Kommunikation (per Post oder E-Mail) zwischen den Vertragsparteien, bei der der Absender einen stichhaltigen Nachweis erhält, dass die Nachricht an den angegebenen Empfänger zugestellt wurde;

„höhere Gewalt“ unvorhersehbare und außergewöhnliche Situationen oder Ereignisse, die sich dem Einfluss der Vertragsparteien entziehen und eine der Vertragsparteien daran hindern, eine oder mehrere Pflichten aus dem Vertrag zu erfüllen. Diese Situationen oder Ereignisse dürfen nicht auf einen Fehler oder eine Fahrlässigkeit einer Vertragspartei oder eines Unterauftragnehmers zurückzuführen sein und müssen nachweislich trotz der gebotenen Sorgfalt unabwendbar gewesen sein. Leistungsausfall, Fehler an Ausrüstungsgegenständen oder Material sowie Verzögerungen bei der Bereitstellung, Arbeitsstreitigkeiten, Streiks oder finanzielle Schwierigkeiten können nur dann als *höhere Gewalt* geltend gemacht werden, wenn sie unmittelbar Folge eines anerkannten Falls *höherer Gewalt* sind;

„Interessenkonflikt“ eine Situation, in der der Auftragnehmer aus Gründen der familiären oder privaten Verbundenheit, der politischen Übereinstimmung oder der nationalen Zugehörigkeit, des wirtschaftlichen Interesses oder aus anderen Gründen, die auf einer mit dem Vertragsgegenstand in Zusammenhang stehenden Gemeinsamkeit der Interessen mit dem Auftraggeber oder einem Dritten beruhen, bei der unparteiischen und objektiven *Erfüllung des Vertrags* beeinträchtigt wird;

„kollidierendes berufliches Interesse“ eine Situation, in der frühere oder laufende berufliche Tätigkeiten des Auftragnehmers seine Fähigkeit beeinträchtigen, unter Einhaltung eines angemessenen Qualitätsstandards den Vertrag zu erfüllen;

„Mitteilung“ (oder „mitteilen“) schriftliche Kommunikation, auch auf elektronischem Wege, zwischen den Vertragsparteien;

„Personal“ zum Zwecke der Erfüllung des Vertrags vom Auftragnehmer unmittelbar oder mittelbar beschäftigte oder vertraglich beauftragte Personen;

„schwerwiegender Fehler“ jede Verletzung einer Vertragsbestimmung infolge einer Handlung oder Unterlassung, die zu einem Verlust für den Unionshaushalt führt oder führen könnte;

„Unregelmäßigkeit“ jeden Verstoß gegen eine Bestimmung des EU-Rechts, der Folge einer Handlung oder Unterlassung des Wirtschaftsteilnehmers ist und einen Schaden für den Unionshaushalt bewirkt oder bewirken könnte;

„Urheber“ jede natürliche Person, die an der Herbeiführung des *Ergebnisses* mitgewirkt hat;

„verbundene Person“ jede Person, die befugt ist, den Auftragnehmer zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen;

„**Vertragspartnerportal**“: das *e-PRIOR*-Portal, das es dem Auftragnehmer ermöglicht, elektronische Unternehmensunterlagen wie Rechnungen über eine grafische Benutzeroberfläche auszutauschen; die wichtigsten Funktionen des Portals können dem Übersichtsdocument über das *Vertragspartnerportal* entnommen werden, das über folgenden Link aufzurufen ist: http://ec.europa.eu/dgs/informatics/supplier_portal/doc/um_supplier_portal_overview.pdf.

„**vertrauliche Informationen oder Dokumente**“ von einer der Vertragsparteien schriftlich als vertraulich eingestufte Informationen oder Dokumente, die im Zusammenhang mit der *Erfüllung des Vertrags* einer Vertragspartei von der anderen Vertragspartei vorgelegt werden oder auf die eine der Vertragsparteien Zugriff hat. Informationen, die öffentlich zugänglich sind, dürfen nicht darunter fallen;

II.2. FUNKTIONEN UND ZUSTÄNDIGKEITEN BEI GEMEINSAMEN ANGEBOTEN

Wenn eine Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern, die als Gruppe keine Rechtspersönlichkeit oder -fähigkeit hat, ein gemeinsames Angebot vorlegt, wird ein Mitglied der Gruppe als federführend benannt.

II.3. SALVATORISCHE KLAUSEL

Jede Bestimmung dieses Vertrags ist von den anderen Bestimmungen abtrennbar und unterscheidet sich von diesen. Wenn eine Bestimmung, auch nur teilweise, rechtswidrig, ungültig oder undurchsetzbar ist oder wird, ist sie vom restlichen Vertrag getrennt zu betrachten. Dadurch wird die Rechtmäßigkeit, Gültigkeit oder Durchsetzbarkeit der anderen Bestimmungen des Vertrags, die ihre uneingeschränkte Gültigkeit und Wirkung behalten, nicht berührt. An die Stelle der rechtswidrigen, ungültigen oder undurchsetzbaren Bestimmung tritt eine rechtmäßige, gültige und durchsetzbare Ersatzbestimmung, die dem am nächsten kommt, was die Parteien mit der rechtswidrigen, ungültigen oder undurchsetzbaren Bestimmung eigentlich beabsichtigt hatten. Bei der Ersetzung einer solchen Bestimmung ist Artikel II.11 zu beachten. Der Vertrag wird so ausgelegt, als hätte er die Ersatzbestimmung bereits seit seinem Inkrafttreten enthalten.

II.4. ERFÜLLUNG DES VERTRAGS

II.4.1. Der Auftragnehmer erbringt Dienstleistungen, die hohen Qualitätsstandards gemäß dem neusten Stand in dem betreffenden Wirtschaftszweig sowie den Bestimmungen dieses Vertrags, insbesondere den Spezifikationen der Ausschreibung und den Bedingungen des Angebots, entsprechen.

II.4.2. Der Auftragnehmer hat die in den Spezifikationen der Ausschreibung festgelegten Mindestanforderungen zu erfüllen. Dazu zählt die Einhaltung der anwendbaren umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, die durch Unionsrecht, nationales Recht und Kollektivvereinbarungen oder durch die in Anhang X der Richtlinie 2014/24/EU² aufgeführten internationalen umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen geschaffen wurden.

² ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65.

II.4.3. Der Auftragnehmer holt die Genehmigungen und Lizenzen ein, die im Staat, in dem die Dienstleistungen zu erbringen sind, erforderlich sind.

II.4.4. Alle im Vertrag genannten Zeiträume sind, soweit nicht anders angegeben, in Kalendertagen ausgedrückt.

II.4.5. Der Auftragnehmer darf nicht als Vertreter des Auftraggebers auftreten und stellt Dritten gegenüber klar, dass er nicht dem europäischen öffentlichen Dienst angehört.

II.4.6. Der Auftragnehmer haftet für das zur Erbringung der Dienstleistungen eingesetzte *Personal*, das ihm unterstellt ist, ohne dass der Auftraggeber Einfluss nimmt. Der Auftragnehmer unterrichtet sein *Personal* darüber, dass

- a) es keine unmittelbaren Weisungen vom Auftraggeber entgegennehmen darf sowie
- b) die Mitarbeit an der Erbringung der Dienstleistungen nicht zu einem Beschäftigungs- oder sonstigem vertraglichem Verhältnis mit dem Auftraggeber führt.

II.4.7. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das für die *Erfüllung des Vertrags* eingesetzte *Personal* sowie etwaiges künftiges Ersatz-*Personal* über die beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen verfügt, die für die Erbringung der Dienstleistungen erforderlich sind und von Fall zu Fall den in den Spezifikationen der Ausschreibung festgelegten Eignungskriterien zu entnehmen sind.

II.4.8. Auf entsprechend begründete Forderung des Auftraggebers, ersetzt der Auftragnehmer Mitglieder seines *Personals*, die

- a) nicht über die für die Erbringung der Dienstleistung erforderlichen Fachkenntnisse aufweisen oder
- b) in den Räumlichkeiten des Auftraggebers für Störungen oder Zwischenfälle gesorgt haben.

Der Auftragnehmer trägt die Kosten für den Ersatz seines *Personals* und haftet für jede Verzögerung bei der Erbringung der Dienstleistungen, die sich aus dem Austausch des *Personals* ergibt.

II.4.9. Der Auftragnehmer meldet jegliche Probleme, die seine Befähigung zur Leistungserbringung beeinträchtigen, an den Auftraggeber und dokumentiert sie. In der Meldung ist das Problem zu beschreiben und anzugeben, wann es aufgetreten ist und welche Abhilfemaßnahmen der Auftragnehmer ergreift.

II.5. KOMMUNIKATION ZWISCHEN DEN VERTRAGSPARTEIEN

II.5.1. Kommunikationsmittel und -form

Die Übermittlung von Informationen, Mitteilungen oder Unterlagen im Zusammenhang mit dem Vertrag erfolgt

- a) schriftlich in Papierform oder elektronischer Form in der Sprache des Vertrags;
- b) unter Angabe der Vertragsnummer;
- c) unter Verwendung der entsprechenden in Artikel I.8 angegebenen Kontaktdaten und

- d) auf dem Postweg, per E-Mail oder, bei den in den besonderen Bedingungen genannten Unterlagen, über *e-PRIOR*.

Wenn eine Vertragspartei eine schriftliche Bestätigung einer E-Mail innerhalb angemessener Zeit anfordert, legt die andere Vertragspartei so rasch wie möglich die unterzeichnete Papierfassung des Originals der *Mitteilung* vor.

Die Vertragsparteien vereinbaren, dass *Mitteilungen* per E-Mail volle rechtliche Wirkung entfalten und als Beweismittel in Gerichtsverfahren zugelassen sind.

II.5.2. Datum der per Post oder E-Mail versandten Mitteilungen

Eine *Mitteilung* gilt als zu dem Zeitpunkt erfolgt, zu dem sie beim Empfänger eingeht, sofern in diesem Vertrag nicht das Absendedatum festgelegt ist.

Eine E-Mail gilt als an dem Tag beim Empfänger eingegangen, an dem sie abgesandt wurde, sofern sie an die in Artikel I.8 genannte E-Mail-Adresse gesandt wird. Der Absender muss einen Nachweis für das Datum der Absendung vorlegen können. Falls der Absender eine Meldung erhält, dass seine E-Mail nicht zugestellt wurde, unternimmt er alles, um dafür zu sorgen, dass die andere Vertragspartei die *Mitteilung* tatsächlich per E-Mail oder Post empfängt. In einem solchen Fall wird dies dem Absender nicht als Verletzung seiner Pflicht zur fristgerechten *Mitteilung* ausgelegt.

Auf dem Postweg versandte *Mitteilungen* gelten als an dem Tag beim Auftraggeber eingegangen, an dem sie von der in Artikel I.8 bezeichneten zuständigen Dienststelle registriert werden.

Förmliche Mitteilungen gelten als an dem Datum beim Empfänger eingegangen, das in dem Nachweis für die Zustellung der Nachricht an den angegebenen Empfänger, der dem Absender vorliegt, genannt ist.

II.5.3. Übermittlung elektronischer Dokumente über e-PRIOR

Falls dies in den besonderen Bedingungen festgelegt ist, erfolgt der Austausch elektronischer Dokumente (e-Dokumente) wie Rechnungen zwischen den Vertragsparteien automatisiert über die Plattform *e-PRIOR*. Auf dieser Plattform stehen zwei Möglichkeiten für einen solchen Austausch zur Verfügung: entweder über Webdienste (Verbindung von Maschine zu Maschine) oder über eine Webanwendung (das *Vertragspartnerportal*).

Der Auftraggeber trifft die erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung und Unterhaltung elektronischer Systeme, die eine effektive Nutzung des *Vertragspartnerportals* ermöglichen.

Bei einer Verbindung von Maschine zu Maschine wird eine direkte Verbindung der *elektronischen Abwicklungssysteme* der Vertragsparteien aufgebaut. In diesem Fall treffen die Vertragsparteien die auf ihrer Seite erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung und Unterhaltung elektronischer Systeme, die eine effektive Nutzung einer Verbindung von Maschine zu Maschine ermöglichen. Die elektronischen Systeme werden in der *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)* beschrieben. Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) trifft die erforderlichen

technischen Maßnahmen für die Einrichtung einer Verbindung von Maschine zu Maschine auf eigene Kosten.

Wenn die Kommunikation über das *Vertragspartnerportal* oder über die Webdienste (Verbindung von Maschine zu Maschine) durch Faktoren verhindert wird, die sich der Kontrolle einer Vertragspartei entziehen, *teilt* die betreffende Partei dies der anderen Vertragspartei unverzüglich *mit* und die Vertragsparteien ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um die Kommunikation wiederherzustellen.

Ist es nicht möglich, die Kommunikation innerhalb von zwei Arbeitstagen wiederherzustellen, so *teilt* eine Vertragspartei der anderen *mit*, dass bis zur Wiederherstellung des *Vertragspartnerportals* oder der Verbindung von Maschine zu Maschine alternative, in Artikel II.5.1 genannte Kommunikationsmittel genutzt werden.

Wenn aufgrund einer Änderung in der *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)* Anpassungen erforderlich sind, gilt für den Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) eine Frist von sechs Monaten ab Eingang der *Mitteilung*, um diese Änderung durchzuführen. Die Vertragsparteien können diese Frist im gegenseitigen Einvernehmen verkürzen. Diese Frist gilt nicht für dringende Maßnahmen, die aufgrund der Sicherheitsvorschriften des Auftraggebers erforderlich sind und mit denen die Integrität, Vertraulichkeit und Nichtabstreitbarkeit der Informationen sowie die Verfügbarkeit der *e-PRIOR*-Plattform gewährleistet werden soll; solche Maßnahmen sind sofort zu ergreifen.

II.5.4. Gültigkeit und Datum von e-Dokumenten

Die Vertragsparteien vereinbaren, dass jedes über *e-PRIOR* ausgetauschte e-Dokument einschließlich zugehöriger Anhänge

- a) als einem Papierdokument gleichwertig betrachtet wird;
- b) als Original des Dokuments erachtet wird;
- c) für die Vertragspartner rechtlich bindend ist, sobald eine dazu berechtigte Person den Vorgang „sign“ in *e-PRIOR* durchgeführt hat, und dann volle rechtliche Wirkung entfaltet, und
- d) als Nachweis für die enthaltenen Informationen dient und als Beweismittel in Gerichtsverfahren zugelassen ist.

Der Vertragsparteien verzichten ausdrücklich auf ihr Recht, die Gültigkeit eines solchen Dokuments lediglich mit der Begründung anzufechten, dass die Kommunikation zwischen den Vertragsparteien über *e-PRIOR* erfolgte oder dass das Dokument in *e-PRIOR* unterzeichnet wurde. Wenn für die elektronische Übertragung von Dokumenten eine direkte Verbindung zwischen den *elektronischen Abwicklungssystemen* der Vertragsparteien eingerichtet wird, vereinbaren die Vertragsparteien, dass ein gemäß den Angaben in der *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)* versandtes e-Dokument als *EDI-Nachricht* gilt.

Wird das e-Dokument über das *Vertragspartnerportal* versandt, so gilt das Dokument in rechtlicher Hinsicht als ausgestellt oder abgesendet, wenn es dem Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – dem federführenden Mitglied) gelungen ist, das e-Dokument abzusenden, ohne dass er eine Fehlermeldung erhält. Das PDF- und das XML-Dokument, die

für das e-Dokument erstellt werden, werden als Nachweis für den Eingang beim Auftraggeber erachtet.

Falls ein e-Dokument über eine direkte, zwischen den *elektronischen Abwicklungssystemen* der Vertragsparteien hergestellte Verbindung versandt wird, gilt es in rechtlicher Hinsicht als ausgestellt oder versandt, wenn sein Status gemäß den Angaben in der *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)* „received“ lautet.

Wenn das *Vertragspartnerportal* genutzt wird, kann der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) die PDF- oder XML-Nachricht für jedes e-Dokument innerhalb eines Jahres nach Versand herunterladen. Ist diese Frist abgelaufen, können keine Kopien der e-Dokumente mehr automatisch aus dem *Vertragspartnerportal* heruntergeladen werden.

II.5.5. In e-PRIOR berechtigte Personen

Der Auftragnehmer übermittelt für jede Person, der in *e-PRIOR* die Nutzerrolle „user“ zugewiesen werden soll, einen Antrag. Die Identität dieser Personen wird über ECAS (European Communication Authentication Service) festgestellt, und sie werden dazu berechtigt, auf *e-PRIOR* zuzugreifen und dort Handlungen im Rahmen der Befugnisse der Nutzerrollen durchzuführen, die der Auftraggeber ihnen zugewiesen hat.

Nutzerrollen, die berechtigten Personen in *e-PRIOR* die Befugnis geben, rechtlich bindende Dokumente wie spezifische Angebote oder Einzelverträge zu unterzeichnen, werden nur nach Vorlage von Nachweisen zugewiesen, aus denen hervorgeht, dass die berechtigte Person dazu befugt ist, als bevollmächtigter Vertreter des Auftragnehmers zu handeln.

II.6. HAFTUNG

II.6.1. Der Auftraggeber haftet nicht für Schäden oder Verluste, die durch den Auftragnehmer bei oder infolge der *Erfüllung des Vertrags* verursacht werden, auch nicht wenn diese Schäden oder Verluste Dritten entstehen.

II.6.2. Der Auftragnehmer schließt eine Versicherung zur Deckung von Risiken und Schäden oder Verlusten im Zusammenhang mit der *Erfüllung des Vertrags* ab, sofern dies nach dem maßgeblichen Recht erforderlich ist. Ferner schließt er eine angemessene, den Gepflogenheiten in seinem Wirtschaftszweig entsprechende Zusatzversicherung ab. Auf Verlangen des Auftraggebers legt der Auftragnehmer einen Nachweis für den Versicherungsschutz vor.

II.6.3. Der Auftragnehmer haftet – auch im Falle der Vergabe von Unteraufträgen – für alle dem Auftraggeber bei oder infolge der *Erfüllung des Vertrags* entstandenen Schäden oder Verluste, jedoch nur bis zum Dreifachen des Gesamtauftragswerts. Ist der Schaden oder Verlust allerdings auf grobe Fahrlässigkeit oder auf vorsätzlich regelwidriges Verhalten des Auftragnehmers, seines *Personals* oder seiner Unterauftragnehmer zurückzuführen, so haftet der Auftragnehmer in Höhe des gesamten entstandenen Schadens oder Verlustes.

II.6.4. Klagt ein Dritter im Zusammenhang mit der *Erfüllung des Vertrags* gegen den Auftraggeber, auch wegen einer angeblichen Verletzung von Rechten des geistigen

Eigentums, so leistet der Auftragnehmer dem Auftraggeber im Gerichtsverfahren Beistand, auch indem er auf Verlangen zugunsten des Auftraggebers eingreift. Wenn die Haftung des Auftraggebers gegenüber einem Dritten festgestellt wird und diese Haftung vom Auftragnehmer bei oder infolge der *Erfüllung des Vertrags* verursacht wurde, findet Artikel II.6.3 Anwendung.

II.6.5. Handelt es sich beim Auftragnehmer um zwei oder mehr Wirtschaftsteilnehmer (die ein gemeinsames Angebot abgegeben haben), haften sie alle gesamtschuldnerisch gegenüber dem Auftraggeber für die *Erfüllung des Vertrags*.

II.6.6. Der Auftraggeber haftet nicht für Schäden oder Verluste, die dem Auftragnehmer bei oder infolge der *Erfüllung des Vertrags* entstehen, es sei denn, der Schaden oder Verlust ist auf vorsätzlich regelwidriges Verhalten oder auf grobe Fahrlässigkeit des Auftraggebers zurückzuführen.

II.7. INTERESSENKONFLIKT UND KOLLIDIERENDES BERUFLICHES INTERESSE

II.7.1. Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Situationen zu vermeiden, in denen *Interessenkonflikte* oder *kollidierende berufliche Interessen* bestehen.

II.7.2. Der Auftragnehmer *teilt* es dem Auftraggeber so schnell wie möglich schriftlich *mit*, wenn bei der *Erfüllung des Vertrags* eine Situation eintritt, die einen *Interessenkonflikt* oder *kollidierende berufliche Interessen* darstellen könnte. Der Auftragnehmer trifft unverzüglich Abhilfemaßnahmen.

Der Auftraggeber kann eine der folgenden Maßnahmen ergreifen:

- a) überprüfen, ob die Maßnahmen des Auftragnehmers angemessen sind;
- b)den Auftragnehmer auffordern, innerhalb einer gegebenen Frist weitere Maßnahmen zu treffen;

II.7.3. Der Auftragnehmer gibt alle relevanten Verpflichtungen schriftlich weiter an:

- a)sein *Personal*;
- b)jede natürliche Person, die befugt ist, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen;
- c)Dritte, auch Unterauftragnehmer, die an der *Erfüllung des Vertrags* beteiligt sind.

Der Auftragnehmer trägt auch dafür Sorge, dass die obengenannten Personen nicht in eine Situation geraten, die zu einem *Interessenkonflikt* führen könnte.

II.8. VERTRAULICHKEIT

II.8.1. Auftraggeber und Auftragnehmer behandeln sämtliche Informationen und Dokumente in jedem Format, die im Zusammenhang mit der *Erfüllung des Vertrags* schriftlich oder mündlich unterbreitet und schriftlich als vertraulich eingestuft werden, als vertraulich.

II.8.2. Jede Vertragspartei

- a) darf *vertrauliche Informationen oder Dokumente* nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der anderen Vertragspartei für andere Zwecke als für die Erfüllung ihrer sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen nutzen;
- b) sorgt dafür, dass derartige *vertrauliche Informationen oder Dokumente* dem gleichen Schutzniveau unterliegen wie ihre eigenen *vertraulichen Informationen*, in jedem Fall jedoch mit der gebotenen Sorgfalt behandelt werden;
- c) legt *vertrauliche Informationen oder Dokumente* ohne vorherige schriftliche Genehmigung der anderen Vertragspartei weder direkt noch indirekt gegenüber Dritten offen.

II.8.3. Die sich aus diesem Artikel ergebenden Vertraulichkeitsverpflichtungen binden sowohl den Auftraggeber als auch den Auftragnehmer während der *Erfüllung des Vertrags* und solange die Informationen oder Dokumente vertraulich bleiben, es sei denn,

- a) die offenlegende Vertragspartei befreit die empfangende Vertragspartei früher von der Vertraulichkeitsverpflichtung;
- b) die *vertraulichen Informationen oder Dokumente* gelangen an die Öffentlichkeit, ohne dass gegen die Vertraulichkeitsverpflichtung verstoßen worden wäre;
- c) das geltende Recht erfordert die Offenlegung der *vertraulichen Informationen oder Dokumente*.

II.8.4. Der Auftragnehmer verlangt von jeder natürlichen Person, die befugt ist, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen, sowie von Dritten, die an der *Erfüllung des Vertrags* beteiligt sind, eine Zusage, die Bestimmungen dieses Artikels einzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers legt der Auftragnehmer ein Dokument als Nachweis für diese Zusage vor.

II.9. VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

II.9.1. Die Verarbeitung der im Vertrag enthaltenen personenbezogenen Daten erfolgt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr. Die Verarbeitung dieser Daten durch den für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen dient einzig und allein dem Zweck der *Erfüllung, Verwaltung und Überwachung des Vertrags*. Die Daten können jedoch an die Einrichtungen übermittelt werden, die in Anwendung des Unionsrechts mit einer Überwachungs- oder Prüfungsaufgabe betraut sind.

II.9.2. Der Auftragnehmer hat Zugang zu seinen personenbezogenen Daten und Anspruch auf Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger Daten. Fragen im Zusammenhang mit der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten sind an den für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen zu richten.

II.9.3. Der Auftragnehmer kann sich jederzeit an den Europäischen Datenschutzbeauftragten wenden.

II.9.4. Erfordert der Vertrag die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragnehmer, darf dieser nur auf Weisung des für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen handeln, insbesondere was den Zweck der Verarbeitung, die Kategorien von Daten, die verarbeitet werden dürfen, die Empfänger der Daten und die Möglichkeiten der betroffenen Personen zur Wahrnehmung ihrer Rechte anbelangt.

II.9.5. Der Auftragnehmer gestattet seinem *Personal* den Zugriff auf die Daten nur in dem zur *Erfüllung*, Verwaltung und Überwachung *des Vertrags* unbedingt erforderlichen Maß.

II.9.6. Der Auftragnehmer berücksichtigt die von der Verarbeitung und der Art der betreffenden personenbezogenen Daten ausgehenden Risiken in gebührender Weise und trifft angemessene technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen, um

- a) zu verhindern, dass Unbefugte Zugang zu Datenverarbeitungssystemen erhalten, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, insbesondere:
 - i) unbefugtes Lesen, Kopieren, Ändern oder Entfernen von Datenträgern;
 - ii) unbefugte Dateneingabe sowie unbefugte Weitergabe, Änderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten;
 - iii) unbefugte Nutzung von Datenverarbeitungssystemen mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung;
- b) zu gewährleisten, dass die zur Nutzung eines Datenverarbeitungssystems Befugten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden personenbezogenen Daten zugreifen können;
- c) zu erfassen, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit an wen übermittelt worden sind;
- d) zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag Dritter verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können;
- e) sicherzustellen, dass während der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten nicht unbefugt gelesen, kopiert oder gelöscht werden können;
- f) seine Organisationsstruktur in einer Weise zu gestalten, die den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird.

II.10. UNTERAUFTRÄGE

II.10.1. Der Auftragnehmer darf nicht ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Unteraufträge vergeben oder den Vertrag von einem Dritten erfüllen lassen, der nicht bereits im Angebot des Auftragnehmers erwähnt ist.

II.10.2. Selbst wenn der Auftraggeber der Vergabe von Unteraufträgen zustimmt, bleibt der Auftragnehmer an seine vertraglichen Verpflichtungen gebunden und ist allein für die *Erfüllung des Vertrags* verantwortlich.

II.10.3. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass der Unterauftrag nicht die Rechte des Auftraggebers gemäß diesem Vertrag berührt, insbesondere nicht die Rechte nach den Artikeln II.8, II.13 und II.24.

II.10.4. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer fordern, dass er einen Unterauftragnehmer, der sich in einer Situation gemäß Artikel II.18.1 Buchstabe d oder e befindet, ersetzt.

II.11. VERTRAGSÄNDERUNGEN

II.11.1. Jede Änderung des Vertrags ist schriftlich vor Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen durchzuführen.

II.11.2. Jede Änderung des Vertrags darf nicht zu einer Änderung der ursprünglichen Bedingungen des Vergabeverfahrens oder einer Ungleichbehandlung der Bieter führen.

II.12. ABTRETUNG VON RECHTEN UND PFLICHTEN

II.12.1. Der Auftragnehmer darf Rechte und Pflichten aus dem Vertrag nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers an Dritte abtreten; dies betrifft auch Zahlungsansprüche und Factoring. In solchen Fällen teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Identität des beabsichtigten Abtretungsempfängers mit.

II.12.2. Eine Abtretung von Rechten oder Pflichten durch den Auftragnehmer, die ohne Zustimmung erfolgt, ist gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.

II.13. RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS

II.13.1. Eigentum an den Rechten an den Ergebnissen

Das Eigentum an den *Ergebnissen* und allen Rechten des geistigen Eigentums aus dem Vertrag geht weltweit unwiderruflich an die Union über. Die auf diese Weise erlangten Rechte des geistigen Eigentums umfassen sämtliche Rechte, etwa Urheberrechte, sonstige Rechte des geistigen Eigentums oder gewerbliche Schutzrechte an sämtlichen *Ergebnissen* und sämtlichen technischen Lösungen und Informationen, die der Auftragnehmer oder sein Unterauftragnehmer bei der *Erfüllung des Vertrags* erzielt oder geschaffen hat. Der Auftraggeber kann die erlangten Rechte gemäß den Bestimmungen des Vertrags verwerten und nutzen. Zu dem Zeitpunkt, zu dem der Auftraggeber die vom Auftragnehmer abgelieferten *Ergebnisse* billigt, gehen alle Rechte auf die Union über. Diese Ablieferung und Billigung der Ergebnisse gilt als wirksame Übertragung der Rechte vom Auftragnehmer an die Union.

Mit der Zahlung des Preises sind auch sämtliche an den Auftragnehmer zu zahlenden Gebühren im Zusammenhang mit dem Übergang des Eigentums an Rechten auf die Union sowie mit allen Arten der Verwertung und Nutzung der *Ergebnisse* abgegolten.

II.13.2. Lizenzrechte an bereits bestehendem Material

Sofern in den besonderen Bedingungen nicht anders festgelegt, geht unter diesem Vertrag kein Eigentum an *bereits bestehenden Rechten* auf die Union über.

Der Auftragnehmer erteilt der Union unentgeltlich, nichtausschließlich und unwiderruflich Lizenzen für *bereits bestehende Rechte*, und die Union darf das *bereits bestehende Material* für alle in diesem Vertrag genannten Arten der Verwertung nutzen. Für sämtliche *bereits bestehenden Rechte* erhält die Union die Lizenzen zu dem Zeitpunkt, zu dem der Auftraggeber die abgelieferten *Ergebnisse* billigt.

Der Erteilung von Lizenzen für *bereits bestehende Rechte* an die Union im Rahmen dieses Vertrags gilt weltweit und für die Geltungsdauer der Schutzrechte.

Mit der Zahlung des im Vertrag genannten Preises sind auch sämtliche von der Union an den Auftragnehmer zu zahlenden Lizenzgebühren für *bereits bestehende Rechte* sowie Gebühren für alle Arten der Verwertung und Nutzung der *Ergebnisse* abgegolten.

Wenn es zur *Erfüllung des Vertrags* erforderlich ist, dass der Auftragnehmer *bereits bestehendes Material* des Auftraggebers nutzt, kann der Auftraggeber verlangen, dass der Auftragnehmer eine angemessene Lizenzvereinbarung unterzeichnet. Eine Nutzung durch den Auftragnehmer hat keinen Übergang von Rechten auf ihn zur Folge und ist auf die Zwecke dieses Vertrags beschränkt.

II.13.3. Ausschließliche Rechte

Die Union erwirbt folgende ausschließliche Rechte:

- a) Vervielfältigung: das Recht, die direkte oder indirekte, vorübergehende oder dauerhafte, vollständige oder teilweise Vervielfältigung der *Ergebnisse* auf jede Weise (mechanisch, digital oder auf sonstige Weise) und in jeder Form zu genehmigen oder zu untersagen;
- b) öffentliche Wiedergabe: das ausschließliche Recht, die öffentliche Auslage, Aufführung oder Wiedergabe, drahtgebunden oder drahtlos, einschließlich einer Veröffentlichung der *Ergebnisse*, die der Öffentlichkeit den Zugriff von einem selbst gewählten Ort aus und zu einem selbst gewählten Zeitpunkt ermöglicht, zu genehmigen oder zu untersagen; dieses Recht schließt auch die Wiedergabe und Ausstrahlung über Kabel oder Satellit ein;
- c) Vertrieb: das ausschließliche Recht, jedwede öffentliche Verbreitung der *Ergebnisse* oder der Kopien der *Ergebnisse* per Verkauf oder auf andere Art zu genehmigen oder zu untersagen;
- d) Verleihung: das ausschließliche Recht, die Vermietung oder Verleihung der *Ergebnisse* oder von Kopien der *Ergebnisse* zu genehmigen oder zu untersagen;
- e) Anpassung: das ausschließliche Recht, jede Änderung der *Ergebnisse* zu genehmigen oder zu untersagen;
- f) Übertragung: das ausschließliche Recht, jede Übersetzung, Anpassung, Bearbeitung, Anfertigung von aus den *Ergebnissen* abgeleiteten Werken und jede andere Abänderung der *Ergebnisse* vorbehaltlich etwaiger Persönlichkeitsrechte der Urheber zu genehmigen oder zu untersagen;

- g) wenn die *Ergebnisse* in Form einer Datenbank vorliegen oder eine Datenbank enthalten: das ausschließliche Recht, die Extraktion aller oder eines wesentlichen Teils des Inhalts der Datenbank auf ein anderes Medium auf jede Weise und in jeder Form zu genehmigen oder zu untersagen sowie das ausschließliche Recht, die Weiterverwendung aller oder eines wesentlichen Teils des Inhalts der Datenbank durch die Verbreitung von Kopien, durch Verleih, online oder auf anderen Übertragungswegen zu genehmigen oder zu untersagen;
- h) wenn die *Ergebnisse* einen patentfähigen Gegenstand darstellen oder enthalten: das Recht zur Patentanmeldung und darüber hinaus zur vollumfänglichen Nutzung des Patents;
- i) wenn die *Ergebnisse* Logos oder einen Gegenstand, der als Handelsmarke eingetragen werden könnte, darstellen oder enthalten: das Recht, dieses Logo oder diesen Gegenstand als Handelsmarke einzutragen und weiter zu verwerten und zu nutzen;
- j) wenn es sich bei den *Ergebnissen* um Know-how handelt oder sie Know-how enthalten: das Recht, dieses Know-how zu nutzen, soweit es erforderlich ist, um die *Ergebnisse* derart, wie es in diesem Vertrag vorgesehen ist, in vollem Umfang nutzen zu können, und das Recht, es Auftragnehmern und Unterauftragnehmern, die im Namen des Auftraggebers handeln, vorbehaltlich der Unterzeichnung gegebenenfalls erforderlicher Vertraulichkeitsverpflichtungen zur Verfügung zu stellen;
- k) wenn es sich bei den *Ergebnissen* um Dokumente handelt:
 - i) das Recht, die Weiterverwendung der Dokumente im Einklang mit dem Beschluss der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (2011/833/EU) zu genehmigen, soweit dieser anwendbar ist und die Dokumente in seinen Anwendungsbereich fallen und nicht aufgrund einer seiner Bestimmungen von der Anwendung ausgenommen sind; für die Zwecke dieser Bestimmung haben „Weiterverwendung“ und „Dokument“ dieselbe Bedeutung wie in besagtem Beschluss;
 - ii) das Recht, die *Ergebnisse* gemäß den für den Auftraggeber geltenden Dokumentenverwaltungsvorschriften zu speichern und zu archivieren, was auch die Digitalisierung oder die Konvertierung in ein anderes Format zum Zwecke der Archivierung oder für neue Verwendungszwecke umfasst;
- l) wenn die *Ergebnisse* Software einschließlich Quellcode, Objektcode und gegebenenfalls Dokumentation, Vorbereitungsmaterial und Handbüchern darstellen oder enthalten, neben den anderen in diesem Artikel genannten Rechten:
 - i) Endnutzerrechte für alle Zwecke der Verwendung durch die Union oder durch Unterauftragnehmer, die sich aus diesem Vertrag und der Absicht der Vertragsparteien ergeben;
 - ii) die Rechte, die Software zu dekompilem oder zu disassemblieren;
- m) soweit der Auftragnehmer sich auf Persönlichkeitsrechte berufen könnte, das Recht des Auftraggebers – wenn in diesem Vertrag nicht anders vorgesehen – die *Ergebnisse* mit oder ohne Nennung des Namens des *Urhebers* zu veröffentlichen, und das Recht zu entscheiden, ob und wann die *Ergebnisse* offengelegt und veröffentlicht werden.

Der Auftragnehmer übernimmt auch die Gewähr dafür, dass die Union die ausschließlichen Rechte und die Arten der Verwertung bei allen Teilen der *Ergebnisse* nutzen kann, gleich ob sie vom Auftragnehmer geschaffen wurden oder aus *bereits bestehendem Material* bestehen.

Wenn *bereits bestehendes Material* in die *Ergebnisse* einfließt, akzeptiert der Auftraggeber unter Umständen angemessene Einschränkungen der obenstehenden Auflistung, sofern dieses Material leicht zu identifizieren und vom restlichen Material zu trennen ist und keinen wesentlichen Elementen der *Ergebnisse* entspricht und sofern erforderlichenfalls zufriedenstellende Ersatzlösungen vorhanden sind, ohne dass dem Auftraggeber dabei Mehrkosten entstünden. In einem solchen Fall informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber vor einer solchen Entscheidung eindeutig, und der Auftraggeber ist berechtigt, dies zurückzuweisen.

II.13.4. Angabe bereits bestehender Rechte

Bei der Ablieferung der *Ergebnisse* übernimmt der Auftragnehmer die Gewähr dafür, dass für jede Nutzung der *Ergebnisse* und des in die *Ergebnisse* eingeflossenen *bereits bestehenden Materials*, die der Auftraggeber in den Grenzen dieses Vertrags vorsehen könnte, kein *Urheber* und kein Dritter Ansprüche geltend machen kann, und dass alle notwendigen *bereits bestehenden Rechte* vorliegen oder Lizenzen für deren Nutzung erteilt wurden.

Der Auftragnehmer erstellt hierfür ein Verzeichnis sämtlicher *bereits bestehender Rechte* an den *Ergebnissen* dieses Vertrags oder von Teilen desselben, in dem auch die Inhaber der Rechte genannt werden. Wenn es keine *bereits bestehenden Rechte* an den *Ergebnissen* gibt, gibt der Auftragnehmer eine diesbezügliche Erklärung darüber ab. Der Auftragnehmer legt dem Auftraggeber dieses Verzeichnis oder diese Erklärung spätestens mit der Rechnung über den Restbetrag vor.

II.13.5. Nachweis für die Überlassung bereits bestehender Rechte

Auf Verlangen des Auftraggebers weist der Auftragnehmer nach, dass er in Bezug auf alle aufgeführten *bereits bestehenden Rechte* mit Ausnahme der Rechte, die die Union innehat oder für deren Nutzung die Union eine Lizenz erteilt hat, über die Eigentums- bzw. Nutzungsrechte verfügt. Der Auftraggeber kann diesen Nachweis auch nach Ablauf dieses Vertrags noch anfordern.

Dieser Nachweis kann sich beispielsweise auf Rechte an Teilen anderer Dokumente, Bildern, Schaubildern, Zeichensätzen, Tabellen, Daten, Software, technischen Erfindungen, Know-how, IT-Entwicklungstools, Routinen, Subroutinen oder anderen Programmen („Hintergrundtechnologie“), Entwürfen, Zeichnungen, Installationen oder Kunstwerken, Daten, Ausgangs- oder Hintergrundmaterial oder sonstigen Teilen aus externen Quellen beziehen.

Der Nachweis umfasst gegebenenfalls folgende Angaben:

- a) Bezeichnung und Version eines Softwareprodukts;
- b) vollständige Angaben zum Werk und zur Identität des Verfassers, Entwicklers, *Urhebers*, Übersetzers, Datenverarbeiters, Grafikers, Verlegers, Redakteurs, Fotografen, Produzenten;
- c) eine Kopie der Lizenz zur Nutzung des Produkts oder der Vereinbarung über die Überlassung der relevanten Rechte an den Auftragnehmer oder einen Verweis auf diese Lizenz;

- d) eine Kopie der Vereinbarung oder einen Auszug aus dem Beschäftigungsvertrag, mit welcher bzw. welchem dem Auftragnehmer die relevanten Rechte überlassen werden, wenn Teile der *Ergebnisse* von dessen *Personal* geschaffen werden;
- e) gegebenenfalls die Erklärung über den Haftungsausschluss.

Der Nachweis, dass er über die Rechte verfügt, enthebt den Auftragnehmer nicht seiner Verantwortung, wenn festgestellt wird, dass er doch nicht über diese Rechte verfügt, unabhängig davon, wann und durch wen dies aufgedeckt wird.

Der Auftragnehmer übernimmt auch die Gewähr dafür, dass er über die für die Übertragung der Rechte erforderlichen Rechte oder Befugnisse verfügt und dass er sämtliche im Zusammenhang mit den endgültigen *Ergebnissen* abzuführenden Gebühren, unter anderem an Verwertungsgesellschaften, entrichtet hat bzw. überprüft hat, dass diese entrichtet wurden.

II.13.6. Zitate aus anderen Werken im Ergebnis

In dem *Ergebnis* macht der Auftragnehmer alle Zitate aus bestehenden Werken deutlich als solche kenntlich. Für einen vollständigen Verweis sind (sofern zutreffend) folgende Angaben erforderlich: Name des Autors, Titel des Werks, Datum und Ort der Veröffentlichung, Datum der Erstellung, Internet-Link zur Veröffentlichung des Werks, Nummer, Reihe und sonstige Angaben, die es erlauben, den Ursprung des Werks leicht zu ermitteln.

II.13.7. Persönlichkeitsrechte der Urheber

Mit Ablieferung der *Ergebnisse* übernimmt der Auftragnehmer die Gewähr dafür, dass die Urheber Folgendem nicht unter Berufung auf ihre Persönlichkeitsrechte im Rahmen des Urheberrechts widersprechen:

- a) dass ihr Name bei der Vorstellung der *Ergebnisse* in der Öffentlichkeit genannt oder nicht genannt wird;
- b) dass die *Ergebnisse* nach der Ablieferung der Endfassung an den Auftraggeber verbreitet oder nicht verbreitet werden;
- c) dass die *Ergebnisse* angepasst werden, sofern das in einer Weise geschieht, die der Ehre oder dem Ruf des *Urhebers* nicht abträglich ist.

Wenn es urheberrechtlich geschützte Persönlichkeitsrechte an Teilen der *Ergebnisse* geben könnte, muss der Auftragnehmer die Zustimmung der *Urheber* zur Gewährung der betreffenden Persönlichkeitsrechte oder zum Verzicht darauf im Einklang mit den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen einholen und dafür auf Anfrage einen Nachweis vorlegen können.

II.13.8. Bildrechte und Tonaufzeichnungen

Sind in einem *Ergebnis* natürliche Personen erkennbar oder wird deren Stimme oder ein anderes persönliches Merkmal erkennbar wiedergegeben, holt der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers eine Erklärung ein, in der diese Personen (oder im Falle von Minderjährigen die Personen, denen die elterliche Verantwortung obliegt) der beschriebenen Verwendung ihres Bildes, ihrer Stimme oder ihres persönlichen Merkmals zustimmen, und legt dem Auftraggeber auf Anfrage eine Kopie dieser Zustimmung vor. Der Auftragnehmer

ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um im Einklang mit den anwendbaren rechtlichen Bestimmungen diese Zustimmung einzuholen.

II.13.9. Urheberrechtlicher Hinweis bei bereits bestehenden Rechten

Hält der Auftragnehmer *bereits bestehende Rechte* an Teilen der *Ergebnisse*, ist bei deren Nutzung gemäß Artikel I.10.1 entweder die Erklärung „© – Jahr – Europäische Union. Alle Rechte vorbehalten. Bedingte Lizenzrechte in Teilen bei der EU.“ oder eine gleichwertige, vom Auftraggeber für angemessen erachtete oder von den Vertragsparteien im Einzelfall vereinbarte Erklärung anzubringen. Dies gilt nicht, wenn die Anbringung einer solchen Erklärung – vor allem aus praktischen Gründen – unmöglich ist.

II.13.10. Sichtbarkeit der Finanzierung durch die Union und Ausschlussklärung

Wenn der Auftragnehmer die *Ergebnisse* nutzt, weist er darauf hin, dass sie im Rahmen eines Vertrags mit der Union entstanden sind und dass die geäußerten Auffassungen ausschließlich die Meinung des Auftragnehmers und nicht den offiziellen Standpunkt des Auftraggebers wiedergeben. Der Auftraggeber kann schriftlich seinen Verzicht auf diesen Hinweis erklären oder den Wortlaut des Hinweises liefern.

II.14. HÖHERE GEWALT

II.14.1. Wenn eine Vertragspartei von *höherer Gewalt* betroffen ist, so *teilt* sie dies der anderen Vertragspartei unter Angabe der näheren Umstände, der voraussichtlichen Dauer und der vorhersehbaren Folgen des betreffenden Ereignisses unverzüglich *mit*.

II.14.2. Eine Vertragspartei ist für Verzögerungen oder Nichterfüllungen ihrer Verpflichtungen aus dem Vertrag, die auf *höhere Gewalt* zurückzuführen sind, nicht haftbar. Kann der Auftragnehmer infolge *höherer Gewalt* seine vertraglichen Pflichten nicht erfüllen, so hat er lediglich Anspruch auf Vergütung der tatsächlich erbrachten Dienstleistungen.

II.14.3. Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um etwaige Schäden infolge *höherer Gewalt* zu begrenzen.

II.15. PAUSCHALISierter SCHADENERSATZ

II.15.1. Erfüllungsverzug

Erfüllt der Auftragnehmer seine vertraglichen Pflichten nicht bis zu dem im Vertrag festgelegten Zeitpunkt, kann der Auftraggeber pro Verzugstag pauschalierten Schadenersatz verlangen, der sich nach folgender Formel bestimmt:

$$0,3 \times (V/d)$$

Dabei gilt:

V ist der Preis der betreffenden Beschaffung, Leistung oder des betreffenden *Ergebnisses* oder, falls dieser nicht angegeben ist, der in Artikel I.4.1 genannte Preis;

d ist die für die Ablieferung bzw. Erbringung der betreffenden Beschaffung, Leistung oder des betreffenden *Ergebnisses* angegebene Dauer oder, falls diese nicht angegeben ist, die in Artikel I.3.3 festgelegte Dauer der *Erfüllung des Vertrags* in Tagen.

Pauschalierter Schadenersatz kann zusammen mit einem Preisabzug gemäß Artikel II.16 verhängt werden.

II.15.2. Verfahren

Der Auftraggeber *teilt* dem Auftragnehmer seine Absicht, pauschalierten Schadenersatz zu verlangen und dessen Höhe *förmlich mit*.

Der Auftragnehmer kann innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nehmen. Bleibt dies aus, wird die Entscheidung am Tag nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme rechtskräftig.

Gibt der Auftragnehmer eine Stellungnahme ab, *teilt* der Auftraggeber dem Auftragnehmer unter Berücksichtigung der betreffenden Anmerkungen *mit*,

- a) dass er davon Abstand nimmt, pauschalierten Schadenersatz zu verlangen, oder
- b) dass er endgültig entschieden hat, pauschalierten Schadenersatz zu verlangen, und wie hoch dieser ist.

II.15.3. Funktion des pauschalierten Schadenersatzes

Die Vertragsparteien erkennen ausdrücklich an, dass gemäß diesem Artikel zu zahlende Beträge keine Vertragsstrafen sind, sondern eine angemessene Entschädigung für den Schaden, der entsteht, wenn die Dienstleistungen nicht innerhalb der in diesem Vertrag festgelegten Fristen erbracht werden.

II.15.4. Forderungen und Haftung

Forderungen eines pauschalierten Schadenersatzes schränken nicht die tatsächliche oder potenzielle Haftung des Auftragnehmers oder die Rechte des Auftraggebers gemäß Artikel II.18 ein.

II.16. PREISABZUG

II.16.1. Qualitätsstandards

Erbringt der Auftragnehmer die Dienstleistung nicht im Einklang mit dem Vertrag (im Folgenden „nicht erfüllte Verpflichtungen“) oder erbringt er die Dienstleistung nicht im Einklang mit dem in den Spezifikationen der Ausschreibung erwarteten Qualitätsniveau (im Folgenden „Erfüllung niederer Qualität“), kann der Auftraggeber im Verhältnis zum Ausmaß der nicht erfüllten Verpflichtungen oder der Erfüllung niederer Qualität Zahlungen kürzen oder ausgezahlte Beträge zurückverlangen. Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen ein *Ergebnis*, ein Bericht oder eine Leistung gemäß Artikel I.5 vom Auftraggeber auch dann nicht gebilligt werden kann, nachdem der Auftragnehmer die zusätzlichen Informationen oder Korrekturen oder eine neue Fassung vorgelegt hat.

Ein Preisabzug kann zusammen mit pauschaliertem Schadenersatz gemäß Artikel II.15 verhängt werden.

II.16.2. Verfahren

Der Auftraggeber *teilt* dem Auftragnehmer seine Absicht, die Zahlungen zu kürzen, unter Angabe der von ihm errechneten Höhe *förmlich mit*.

Der Auftragnehmer kann innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nehmen. Bleibt dies aus, wird die Entscheidung am Tag nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme rechtskräftig.

Gibt der Auftragnehmer eine Stellungnahme ab, *teilt* der Auftraggeber dem Auftragnehmer unter Berücksichtigung der betreffenden Anmerkungen *mit*,

- a) dass er von der beabsichtigten Zahlungskürzung Abstand nimmt, oder
- b) dass er endgültig entschieden hat, eine Zahlungskürzung vorzunehmen, und wie hoch diese ist.

II.16.3. Forderungen und Haftung

Ein Preisabzug schränkt nicht die tatsächliche oder potenzielle Haftung des Auftragnehmers oder die Rechte des Auftraggebers gemäß Artikel II.18 ein.

II.17. AUSSETZUNG DER ERFÜLLUNG DES VERTRAGS

II.17.1. Aussetzung durch den Auftragnehmer

Wenn der Auftragnehmer von *höherer Gewalt* betroffen ist, kann er die *Erfüllung des Vertrags* aussetzen. Der Auftragnehmer *teilt* dem Auftraggeber die Aussetzung unverzüglich *mit*. In der *Mitteilung* beschreibt der Auftragnehmer die Umstände der *höheren Gewalt* und gibt an, wann er erwartet, die *Erfüllung des Vertrags* wieder aufnehmen zu können.

Sobald der Auftragnehmer in der Lage ist, die *Erfüllung des Vertrags* wieder aufzunehmen, *teilt* er dies dem Auftraggeber *mit*, es sei denn, der Auftraggeber hat den Vertrag bereits gekündigt.

II.17.2. Aussetzung durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber kann die *Erfüllung des Vertrags* oder die Erfüllung eines Teils davon aussetzen,

- a) wenn das Verfahren zur Vergabe des Vertrags oder die *Erfüllung des Vertrags* mit *schwerwiegenden Fehlern* oder *Unregelmäßigkeiten* behaftet ist oder *Betrug* vorliegt;
- b) um zu prüfen, ob die mutmaßlichen *schwerwiegenden Fehler* oder *Unregelmäßigkeiten* oder der mutmaßliche *Betrug* tatsächlich vorliegen.

Der Auftraggeber *teilt* dem Auftragnehmer die Aussetzung *förmlich mit*. Die Aussetzung ist von dem Tag der *förmlichen Mitteilung* an oder von einem in der *förmlichen Mitteilung* angegebenen späteren Tag an wirksam.

Der Auftraggeber *teilt* dem Auftragnehmer so bald wie möglich *mit*,

- a) ob er die Aussetzung aufhebt oder
- b) ob er den Vertrag gemäß Artikel II.18.1 Buchstabe f oder j kündigen will.

Der Auftragnehmer hat im Falle der Aussetzung des Vertrags oder eines Teils davon keinen Anspruch auf Entschädigung.

II.18. KÜNDIGUNG DES VERTRAGS

II.18.1. Gründe für die Kündigung durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber kann den Vertrag in folgenden Fällen kündigen:

- a) wenn die Erbringung der Dienstleistungen im Rahmen des Vertrags nicht binnen 15 Tagen nach dem geplanten Datum tatsächlich aufgenommen wurde und der Auftraggeber das gegebenenfalls vorgeschlagene neue Datum vor dem Hintergrund von Artikel II.11.2 für unannehmbar erachtet;
- b) wenn der Auftragnehmer aus einem von ihm selbst zu vertretenden Grund eine der zur *Erfüllung des Vertrags* erforderlichen Genehmigungen oder Lizenzen nicht einholen kann;
- c) wenn der Auftragnehmer den Vertrag nicht im Einklang mit den Spezifikationen der Ausschreibung erfüllt oder einer anderen wesentlichen vertraglichen Verpflichtung nicht nachkommt.
- d) wenn sich der Auftragnehmer oder eine Person, die unbegrenzt für die Schulden dieses Auftragnehmers haftet, in einer der in Artikel 106 Absatz 1 Buchstaben a und b der Haushaltsordnung³ genannten Situationen befindet;
- e) wenn sich der Auftragnehmer oder eine mit ihm *verbundene Person* in einer der in Artikel 106 Absatz 1 Buchstaben c bis f oder Artikel 106 Absatz 2 der Haushaltsordnung genannten Situationen befindet;
- f) wenn das Verfahren zur Vergabe des Vertrags oder die *Erfüllung des Vertrags* mit *schwerwiegenden Fehlern* oder *Unregelmäßigkeiten* behaftet ist oder *Betrug* vorliegt;
- g) wenn der Auftragnehmer die anwendbaren umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, die durch Unionsrecht, nationales Recht und Kollektivvereinbarungen oder durch die in Anhang X der Richtlinie 2014/24/EU aufgeführten internationalen umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen geschaffen wurden, nicht einhält;
- h) wenn der Auftragnehmer sich in einer Situation befindet, die einen *Interessenkonflikt* oder ein *kollidierendes berufliches Interesse* gemäß Artikel II.7 darstellen könnte;
- i) wenn durch Änderungen rechtlicher, finanzieller, technischer oder organisatorischer Art oder der Eigentumsverhältnisse aufseiten des Auftragnehmers vermutlich die

³ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, in der geänderten Fassung (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:32012R0966>).

- Erfüllung des Vertrags* substantiell beeinträchtigt wird oder die Bedingungen, unter denen der Vertrag ursprünglich vergeben wurde, sich dadurch substantiell ändern;
- j) im Falle *höherer Gewalt*, wenn entweder eine Wiederaufnahme der Ausführung unmöglich ist oder die sich ergebenden erforderlichen Änderungen des Vertrags dazu führen würden, dass der Vertrag den Spezifikationen der Ausschreibung nicht mehr gerecht wird oder dass Bieter oder Auftragnehmer ungleich behandelt werden;

II.18.2. Gründe für die Kündigung durch den Auftragnehmer

Der Auftragnehmer kann den Vertrag kündigen, wenn

- a) er dem Auftraggeber *schwerwiegende Fehler, Unregelmäßigkeiten* oder *Betrug* während des Verfahrens zur Vergabe des Vertrags oder bei der *Erfüllung des Vertrags* nachweisen kann;
- b) wenn der Auftraggeber seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, insbesondere der Verpflichtung, dem Auftragnehmer die zur *Erfüllung des Vertrags* gemäß den Spezifikationen der Ausschreibung nötigen Informationen zu liefern.

II.18.3. Kündigungsverfahren

Die betreffende Vertragspartei *teilt* der anderen Vertragspartei ihre Absicht, den Vertrag zu kündigen, unter Angabe der Gründe *förmlich mit*.

Die andere Vertragspartei kann innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nehmen und gibt dabei auch an, welche Maßnahmen sie ergriffen hat, um ihren vertraglichen Verpflichtungen weiterhin nachzukommen. Bleibt dies aus, wird die Kündigung am Tag nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme rechtskräftig.

Wenn die andere Vertragspartei eine Stellungnahme abgibt, *teilt* die Vertragspartei mit der Kündigungsabsicht ihr entweder die Rücknahme dieser Absicht oder die endgültige Entscheidung zu kündigen *förmlich mit*.

In den in Artikel II.18.1 Buchstaben a bis d und g bis i sowie Artikel II.18.2 genannten Fällen ist in der *förmlichen Mitteilung* das Datum anzugeben, zu dem die Kündigung wirksam wird.

In den in Artikel II.18.1 Buchstaben e, f und j genannten Fällen wird die Kündigung an dem Tag wirksam, der auf den Tag folgt, an dem der Auftragnehmer die *Mitteilung* über die Kündigung erhält.

Außerdem leistet der Auftragnehmer auf Wunsch des Auftraggebers und ungeachtet des Kündigungsgrunds jede notwendige Unterstützung einschließlich der Bereitstellung von Informationen, Unterlagen und Dateien, damit der Auftraggeber die Dienstleistungen ohne Unterbrechung oder nachteilige Auswirkungen auf deren Qualität oder Kontinuität abschließen, weiterführen oder von einem neuen Auftragnehmer oder intern übernehmen lassen kann. Die Vertragsparteien können sich auf einen Übergabeplan einigen, in dem die Unterstützung durch den Auftragnehmer im Einzelnen dargelegt wird, es sei denn, ein solcher Plan ist bereits in anderen Vertragsunterlagen oder in den Spezifikationen der Ausschreibung enthalten. Der Auftragnehmer leistet diese Unterstützung ohne zusätzliche Kosten, es sei denn, er kann nachweisen, dass dazu erhebliche zusätzliche Ressourcen und Mittel

erforderlich sind; in diesem Fall legt er einen Kostenvoranschlag vor, und die Vertragsparteien verhandeln in gutem Glauben über eine Einigung.

II.18.4. Wirkungen der Kündigung

Der Auftragnehmer ist haftbar für dem Auftraggeber infolge der Kündigung des Vertrags entstehende Schäden; dies umfasst auch die Kosten der Benennung eines anderen Auftragnehmers, der die Dienstleistungen erbringt oder abschließt, es sei denn, der Schaden ist auf die in Artikel II.18.1 Buchstabe j oder Artikel II.18.2 aufgeführten Situationen zurückzuführen. Der Auftraggeber kann für solche Schäden eine Entschädigung fordern.

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf eine Entschädigung für infolge der Kündigung des Vertrags entstehende Verluste; dies umfasst auch entgangenen Gewinn, es sei denn, der Verlust ist auf die in Artikel II.18.2 aufgeführten Situationen zurückzuführen.

Der Auftragnehmer trifft alle geeigneten Maßnahmen, um die Ausgaben möglichst gering zu halten, Schäden zu vermeiden und von ihm selbst eingegangene Verpflichtungen zu annullieren oder deren Umfang zu reduzieren.

Der Auftragnehmer übermittelt sämtliche Berichte, Leistungen oder *Ergebnisse* sowie Rechnungen für vor dem Datum der Kündigung erbrachte Dienstleistungen innerhalb von 60 Tagen ab dem Datum der Kündigung.

Bei gemeinsamen Angeboten kann der Auftraggeber den Vertrag gegenüber jedem Mitglied der Gruppe auf der Grundlage von Artikel II.18.1 Buchstaben d, e oder g und unter den in Artikel II.11.2 genannten Bedingungen getrennt kündigen.

II.19. RECHNUNGEN, UMSATZSTEUER UND ELEKTRONISCHE RECHNUNGSSTELLUNG

II.19.1. Rechnungen und Umsatzsteuer

In Rechnungen sind der Auftragnehmer (oder bei gemeinsamen Angeboten das federführende Mitglied), der Rechnungsbetrag, die Währung, das Rechnungsdatum und die Vertragsnummer anzugeben.

In den Rechnungen des Auftragnehmers (oder – bei gemeinsamen Angeboten – des federführenden Mitglieds) ist der Ort der Leistung im umsatzsteuerlichen Sinne anzugeben; Beträge mit Umsatzsteuer und Beträge ohne Umsatzsteuer sind gesondert auszuweisen.

Der Auftraggeber ist im Einklang mit den Artikeln 3 und 4 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union von allen Steuern und Abgaben und damit auch von der Umsatzsteuer befreit.

Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) unternimmt alle behördlichen Schritte, um sicherzustellen, dass die zur *Erfüllung des Vertrags* benötigten Lieferungen und Dienstleistungen von allen Steuern und Abgaben, einschließlich der Umsatzsteuer, befreit sind.

II.19.2. Elektronische Rechnungsstellung

Wenn dies in den besonderen Bedingungen so vorgesehen ist, übermittelt der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) Rechnungen auf elektronischem Wege, sofern die Bedingungen für eine elektronische Signatur, die in der Richtlinie 2006/112/EG über das Mehrwertsteuersystem festgelegt sind, erfüllt sind, d. h. unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur oder durch elektronischen Datenaustausch.

Der Rechnungsversand im Standardformat (pdf) oder per E-Mail wird nicht akzeptiert.

II.20. PREISANPASSUNG

Ist gemäß Artikel I.4.2 ein Preisanpassungsindex vorgesehen, so ist dieser Artikel dafür anzuwenden.

Im ersten Vertragsjahr sind die Preise Festpreise und können nicht angepasst werden.

Ab dem zweiten Vertragsjahr kann jeder Preis zu Beginn eines jeden Vertragsjahres auf Antrag einer der Vertragsparteien nach oben oder unten angepasst werden.

Die Vertragsparteien beantragen die Preisanpassung spätestens drei Monate vor Ablauf jeden Vertragsjahres nach Inkrafttreten des Vertrags schriftlich. Die andere Vertragspartei bestätigt den Eingang dieses Antrags innerhalb von 14 Tagen.

Am Tag, an dem das betreffende Vertragsjahr abläuft, teilt der Auftraggeber den endgültigen Index für den Monat mit, in dem der Antrag eingegangen ist, oder – falls dieser nicht vorliegt – den letzten verfügbaren vorläufigen Index für diesen Monat. Der Auftragnehmer ermittelt auf dieser Grundlage diesen neuen Preis und teilt ihn so schnell wie möglich dem Auftraggeber zur Überprüfung mit.

Die Preisanpassung erfolgt nach folgender Formel:

$$Pr = Po \times \left(\frac{Ir}{Io} \right)$$

Dabei gilt: Pr = angepasster Preis;

Po = Preis im Angebot;

Io = Index für den Monat, in dem der Vertrag in Kraft tritt;

Ir = Index für den Monat, in dem der Antrag auf Preisanpassung eingeht.

II.21. ZAHLUNGEN UND SICHERHEITSLEISTUNGEN

II.21.1. Zahlungsdatum

Zahlungen gelten als an dem Tag geleistet, an dem das Konto des Auftraggebers belastet wird.

II.21.2. Währung

Zahlungen werden in EUR oder in der in Artikel I.7 genannten Währung geleistet.

II.21.3. Umrechnung

Der Auftraggeber nimmt Umrechnungen zwischen EUR und einer anderen Währung zu dem im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlichten EUR-Tageskurs vor oder, wenn dies nicht möglich ist, zu dem von der Europäischen Kommission ermittelten und auf der unten genannten Website veröffentlichten monatlichen Buchungskurs für den Tag, an dem der Auftraggeber die Zahlungsanweisung ausstellt.

Der Auftragnehmer nimmt Umrechnungen zwischen EUR und einer anderen Währung zu dem von der Europäischen Kommission ermittelten und auf der unten genannten Website veröffentlichten monatlichen Buchungskurs vor, der am Rechnungsdatum gilt.

http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/inforeuro/inforeuro_de.cfm

II.21.4. Überweisungskosten

Hinsichtlich der Überweisungskosten gilt Folgendes:

- a) Der Auftraggeber trägt die von seiner Bank in Rechnung gestellten Gebühren für ausgehende Überweisungen;
- b) der Auftragnehmer trägt die von seiner Bank in Rechnung gestellten Gebühren für eingehende Überweisungen;
- c) verursacht eine Vertragspartei eine nochmalige Überweisung, trägt sie die Gebühren dafür.

II.21.5. Vorfinanzierungsgarantie, Erfüllungsgarantie und Gewährleistungseinbehalt

Wird gemäß den Artikeln I.5 oder I.6 für eine Vorfinanzierung eine Sicherheit in Form einer Erfüllungsgarantie oder eines Gewährleistungseinhalts verlangt, sind folgende Bedingungen zu erfüllen:

- a) Die Sicherheit wird von einer Bank oder einem vom Auftraggeber anerkannten Finanzinstitut oder, auf Ersuchen des Auftragnehmers und mit Zustimmung des Auftraggebers, von einem Dritten geleistet;
- b) der Garantiegeber leistet die Sicherheit auf erste Anforderung und verzichtet auf die Einrede der Vorklage gegen den Hauptschuldner (den Auftragnehmer).

Der Auftragnehmer trägt die Kosten dieser Sicherheitsleistung.

Eine Vorfinanzierungsgarantie bleibt wirksam, bis die Vorfinanzierung mit den Zwischenzahlungen oder dem Restbetrag verrechnet worden ist. Wenn die Zahlung des Restbetrags durch eine Einziehungsanordnung erfolgt, bleibt die Vorfinanzierungsgarantie drei Monate lang wirksam, nachdem die Einziehungsanordnung an den Auftragnehmer abgesandt worden ist. Der Auftraggeber gibt die Garantie innerhalb des folgenden Monats frei.

Erfüllungsgarantien sichern die Einhaltung wesentlicher vertraglicher Verpflichtungen, bis der Auftraggeber die betreffende Dienstleistung endgültig gebilligt hat. Eine Erfüllungsgarantie darf nicht mehr als 10 % des im Vertrag genannten Gesamtpreises betragen. Der Auftraggeber gibt die Garantie nach der endgültigen Billigung der betreffenden Dienstleistung in vollem Umfang frei, wie im jeweiligen Vertrag vorgesehen.

Gewährleistungseinbehalte sichern die vollständige Erbringung der Dienstleistungen nach Maßgabe des Vertrags – auch während des vertraglichen Haftungszeitraums – bis zur endgültigen Billigung durch den Auftraggeber. Ein Gewährleistungseinbehalt darf nicht mehr als 10 % des im Vertrag genannten Gesamtpreises betragen. Der Auftraggeber gibt den Einbehalt nach Ablauf des vertraglichen Haftungszeitraums frei, der im jeweiligen Vertrag festgelegt ist.

Hat der Auftraggeber eine Erfüllungsgarantie gefordert, kann er nicht zusätzlich einen Gewährleistungseinbehalt fordern.

II.21.6. Zwischenzahlungen und Zahlung des Restbetrags

Für eine Zwischenzahlung reicht der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied), wie in Artikel I.5 oder in den Spezifikationen der Ausschreibung angegeben, eine Rechnung ein.

Für die Zahlung des Restbetrags reicht der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied), wie in Artikel I.5 oder in den Spezifikationen der Ausschreibung angegeben, innerhalb von 60 Tagen nach dem Ende der Frist für die Erbringung der Dienstleistungen eine Rechnung ein.

Mit der Begleichung der Rechnung und der Billigung der Unterlagen werden die Ordnungsmäßigkeit, Authentizität, Vollständigkeit und Korrektheit der darin enthalten Erklärungen und Informationen nicht bestätigt.

Die Zahlung des Restbetrags kann im Wege der Einziehung erfolgen.

II.21.7. Aussetzung der Zahlungsfrist

Der Auftraggeber kann die in Artikel I.5 genannten Zahlungsfristen jederzeit aussetzen, indem er dem Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – dem federführenden Mitglied) *mitteilt*, dass seine Rechnung nicht bearbeitet werden kann. Mögliche Gründe, aus denen der Auftraggeber eine Rechnung nicht bearbeiten kann, sind:

- a) sie ist nicht mit dem Vertrag vereinbar;
- b) der Auftragnehmer hat nicht die richtigen Unterlagen vorgelegt oder nicht die richtigen Leistungen geliefert oder
- c) der Auftraggeber bringt Einwände gegen die mit der Rechnung vorgelegten Unterlagen oder gelieferten Leistungen vor.

Eine derartige Fristaussetzung *teilt* der Auftraggeber dem Auftragnehmer (oder bei gemeinsamen Angeboten dem federführenden Mitglied) unter Angabe der Gründe so schnell wie möglich *mit*.

Die Aussetzung wird an dem Tag wirksam, an dem der Auftraggeber die *Mitteilung* absendet. Die Zahlungsfrist läuft ab dem Tag weiter, an dem die angeforderten Informationen oder die überarbeiteten Unterlagen eingehen oder die erforderlichen weiteren Prüfungen samt Kontrollen vor Ort abgeschlossen sind. Übersteigt der Aussetzungszeitraum zwei Monate, kann der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) vom Auftraggeber eine Begründung für die weitere Aussetzung verlangen.

Wurde eine Zahlungsfrist wegen der Zurückweisung einer in Absatz 1 dieses Artikels genannten Unterlage ausgesetzt und wurde die neue Unterlage ebenfalls zurückgewiesen, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den Vertrag gemäß Artikel II.18.1 Buchstabe c zu kündigen.

II.21.8. Verzugszinsen

Bei Ablauf der in Artikel I.5 genannten Zahlungsfrist hat der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) Anspruch auf Verzugszinsen zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte in EUR angewandten Zinssatz (dem Referenzzinssatz) plus acht Prozentpunkte. Als Referenzzinssatz gilt der im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlichte Zinssatz für den ersten Tag des Monats, in dem die Zahlungsfrist endet.

Die Aussetzung von Zahlungsfristen gemäß Artikel II.21.7 gilt für die Zwecke der Zinsberechnung nicht als Zahlungsverzug.

Die Verzugszinsen decken den Zeitraum von dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Tag bis einschließlich zum Tag der Zahlung im Sinne von Artikel II.21.1 ab.

Belaufen sich die berechneten Verzugszinsen jedoch auf nicht mehr als 200 EUR, sind sie nur dann an den Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) zu zahlen, wenn dieser sie innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der verspäteten Zahlung anfordert.

II.22. ERSTATTUNGEN

II.22.1. Soweit dies in den besonderen Bedingungen oder in den Spezifikationen der Ausschreibung vorgesehen ist, erstattet der Auftraggeber Ausgaben, die in direktem Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen stehen, entweder gegen Vorlage entsprechender Belege durch den Auftragnehmer oder auf der Grundlage von Pauschalsätzen.

II.22.2. Der Auftraggeber erstattet Reise- und Aufenthaltskosten unter Zugrundelegung des kürzesten Wegs und der erforderlichen Mindestzahl an Übernachtungen am Bestimmungsort.

II.22.3. Der Auftraggeber erstattet Reisekosten in folgender Höhe:

- a) Flugreisen: höchstens der am Tag der Reservierung für ein Flugticket der Economy Class zu zahlende Maximalpreis;

- b) Schiffsreisen und Eisenbahnfahrten: höchstens der für eine Reise erster Klasse zu zahlende Maximalpreis;
- c) Fahrten mit dem PKW: der für dieselbe Strecke am selben Tag zu zahlende Preis für eine Fahrkarte für eine Eisenbahnfahrt erster Klasse.

Zudem werden die Kosten für Reisen an einen Ort außerhalb der Union nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers erstattet.

II.22.4. Der Auftraggeber erstattet Aufenthaltskosten auf der Grundlage eines Tagegeldes wie folgt:

- a) Für Reisen von bis zu 200 km (Hin- und Rückfahrt) wird kein Tagegeld gezahlt.
- b) Tagegeld wird ausschließlich gegen Vorlage eines Nachweises für die Anwesenheit der betreffenden Person am Bestimmungsort gezahlt.
- c) Mit dem Tagegeld werden pauschal alle Aufenthaltskosten einschließlich Mahlzeiten, Beförderung vor Ort (einschließlich Beförderung vom und zum Flughafen oder Bahnhof), Versicherungen und Spesen abgegolten.
- d) Für das Tagegeld wird der in Artikel I.4.3 genannte Pauschalsatz zugrunde gelegt.
- e) Beherbergungskosten werden gegen Vorlage von Unterlagen, die die Notwendigkeit der Übernachtung am Bestimmungsort belegen, bis zur Höhe der in Artikel I.4.3 genannten Pauschalsätze erstattet.

II.22.5. Der Auftraggeber erstattet die Kosten für die Beförderung von Ausrüstung oder unbegleitetem Gepäck nach vorheriger schriftlicher Zustimmung.

II.23. EINZIEHUNG

II.23.1. Ist eine Einziehung nach Maßgabe des Vertrags gerechtfertigt, erstattet der Auftragnehmer dem Auftraggeber den betreffenden Betrag.

II.23.2. Einziehungsverfahren

Vor der Einziehung *teilt* der Auftraggeber dem Auftragnehmer seine Absicht, den beanspruchten Betrag einzuziehen, unter Angabe der Höhe des Betrags und der Gründe für die Einziehung *förmlich mit* und fordert den Auftragnehmer auf, eine etwaige Stellungnahme innerhalb von 30 Tagen abzugeben.

Geht keine Stellungnahme ein oder beschließt der Auftraggeber trotz der abgegebenen Stellungnahmen, am Einziehungsverfahren festzuhalten, bestätigt er die Einziehung durch die *förmliche Mitteilung* einer Einziehungsanordnung an den Auftragnehmer, in der das Zahlungsdatum genau angegeben ist. Der Auftragnehmer zahlt nach Maßgabe der Bestimmungen in der Einziehungsanordnung.

Zahlt der Auftragnehmer nicht bis zum Fälligkeitstermin, kann der Auftraggeber den fälligen Betrag nach schriftlicher Unterrichtung des Auftragnehmers auf folgende Weise einziehen:

- a) durch Verrechnung mit Beträgen, die die Union oder die Europäische Atomgemeinschaft dem Auftragnehmer schuldet;

- b) durch die Inanspruchnahme einer Sicherheitsleistung, sofern der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine solche vorgelegt hat;
- c) durch die Einleitung rechtlicher Schritte.

II.23.3. Verzugszinsen

Zahlt der Auftragnehmer den geschuldeten Betrag nicht innerhalb der vom Auftraggeber in der Einziehungsanordnung gesetzten Frist, fallen Verzugszinsen zu dem in Artikel II.21.8 genannten Satz an. Die Verzugszinsen decken den Zeitraum von dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Tag bis zu dem Tag ab, an dem der geschuldete Betrag vollständig beim Auftraggeber eingeht.

Teilzahlungen werden zunächst auf die Kosten und Verzugszinsen, dann auf die Hauptschuld angerechnet.

II.23.4. Bestimmungen für die Einziehung bei gemeinsamen Angeboten

Wird der Vertrag mit einer Gruppe abgeschlossen (gemeinsames Angebot), ist die Gruppe unter den in Artikel II.6 (Haftung) genannten Bedingungen gesamtschuldnerisch haftbar. Der Auftraggeber fordert zunächst den gesamten Betrag vom federführenden Mitglied.

Zahlt das federführende Mitglied nicht bis zum Fälligkeitstermin und kann der Betrag nicht gemäß Artikel II.23.2 Buchstabe a) verrechnet werden, so kann der Auftraggeber durch *Mitteilung* der bereits gemäß Artikel II.23.2 an das federführende Mitglied abgesandten Einziehungsanordnung von jedem anderen Mitglied der Gruppe den gesamten Betrag fordern.

II.24. KONTROLLEN UND AUDITS

II.24.1. Der Auftraggeber und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung dürfen die *Erfüllung des Vertrags* kontrollieren oder ein Audit der *Erfüllung des Vertrags* verlangen. Diese Kontrollen und Audits können vom Personal des OLAF oder von einer dazu bevollmächtigten externen Einrichtung durchgeführt werden.

Sie können jederzeit während der *Erfüllung des Vertrags* und danach während eines Zeitraums von fünf Jahren, beginnend mit der Zahlung des Restbetrags, eingeleitet werden.

Das Audit gilt als an dem Tag eingeleitet, an dem das vom Auftraggeber abgesandte entsprechende Schreiben eingeht. Audits sind vertraulich.

II.24.2. Der Auftragnehmer bewahrt die Originalunterlagen, auch digitalisierte Originale, sofern nach nationalem Recht zulässig, für fünf Jahre, beginnend mit der Zahlung des Restbetrags, auf einem geeigneten Träger auf.

II.24.3. Der Auftragnehmer gewährt dem *Personal* des Auftraggebers und dem von diesem bevollmächtigtem externen Personal angemessene Rechte auf Zugang zu den Orten, an denen der Vertrag erfüllt wird, und zu allen – auch elektronisch vorliegenden – Informationen, die für die Durchführung der Kontrollen und Audits erforderlich sind. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die Informationen zum

Zeitpunkt der Kontrolle oder des Audits verfügbar sind und auf Verlangen in einem geeigneten Format übergeben werden.

- II.24.4.** Anhand der bei dem Audit getroffenen Feststellungen wird ein vorläufiger Bericht erstellt. Der Auftraggeber oder sein bevollmächtigter Vertreter senden diesen an den Auftragnehmer, der innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nehmen kann. Der abschließende Bericht wird dem Auftragnehmer innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf der Frist für die Abgabe einer Stellungnahme übermittelt.

Auf der Grundlage der Feststellungen in dem abschließenden Auditbericht kann der Auftraggeber geleistete Zahlungen im Einklang mit Artikel II.23 ganz oder teilweise einziehen und andere ihm notwendig erscheinende Maßnahmen treffen.

- II.24.5.** Im Einklang mit der Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten sowie der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung kann das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung Untersuchungen einschließlich Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durchführen, um festzustellen, ob im Zusammenhang mit dem Vertrag *Betrug*, Korruption oder eine sonstige rechtswidrige Handlung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union vorliegt. Die Ergebnisse einer Untersuchung können zu strafrechtlicher Verfolgung nach nationalem Recht führen.

Die Ermittlungen können jederzeit während der Erbringung der Dienstleistungen und danach während eines Zeitraums von fünf Jahren, beginnend mit der Zahlung des Restbetrags, durchgeführt werden.

- II.24.6.** Der Rechnungshof verfügt für die Zwecke von Kontrollen und Audits über dieselben Rechte wie der Auftraggeber, insbesondere das Zugangsrecht.